

Alsfeld

„Politisches Signal“ für ein „Vorzeigeprojekt für die Region“

17.11.2012 - ALSFELD

Stadtverordnetenversammlung einstimmig für Bürgschaft für BürgerEnergie Lingelbach

(hek). Einstimmig bei einer Enthaltung stimmten die Alsfelder Stadtverordneten dafür, für die Genossenschaft „BürgerEnergie Lingelbach“ eine Bürgschaft in Höhe von maximal 850 000 Euro zu übernehmen.

Die Genossenschaft möchte für ihre Mitglieder ein Nahwärmenetz erstellen, das an eine bestehende Biogasanlage angeschlossen werden soll. „Bisher produziert die Anlage Strom und die Wärme wird nur zu einem geringen Teil genutzt“, erläuterte Swen Bastian (SPD) hierzu. Diese Wärme nutze das Nahwärmenetz in Zukunft. Zusätzlich baue die Genossenschaft eine Holzhackschnitzelanlage, um genügend Wärme für die derzeit 106 Genossen zu produzieren. Um diese Anlage und das etwa 5800 Meter lange Leitungsnetz errichten zu können, geht die Genossenschaft von Kosten von rund 2,17 Millionen Euro aus. Davon müssen eine Million über ein Darlehen finanziert werden, für das die Stadt nun die Bürgschaft beschlossen hat. Dadurch erhält die Genossenschaft beim Darlehen einen Zinsvorteil, der zu 50 Prozent, nach der neuen Bürgschaftssatzung, an die Stadt fließt. Immerhin rund 55 000 Euro kommen so zusätzlich in die Stadtkasse.

„Die CDU hat in ihrem Abwägungsprozess den politischen Willen für den Ausbau der regenerativen Energien über das hohe wirtschaftliche Risiko gestellt“, erläuterte CDU-Sprecher Berthold Rinner die Zustimmung seiner Fraktion zur Bürgschaft. Es sei aber die absolute Ausnahme, dass man einer Bürgschaft zustimmen könne. Kritisch sei für die CDU vor allem die Frage gewesen, warum die Alsfelder ein Risiko eingehen und warum die Stadt weniger kritisch mit der Genossenschaft sein solle, als eine Bank. Doch die positiven Aspekte der regionalen Wertschöpfung und der Förderung der regenerativen Energien sowie des hohen persönlichen Einsatzes vor Ort habe den Ausschlag für das positive Votum gegeben. „Die Bürgergenossenschaft hat eine Vorbildfunktion“, lobte Rinner die Macher in Lingelbach.

„Es ist ein Projekt von Bürgern für Bürger“, lobte FDP-Stadtverordneter Rolf-Peter Stein die Genossenschaft. Die Stadt müsse einsteigen, um zu zeigen, dass „wir dahinter stehen“. Und auch die UWA stimmte mehrheitlich für die Bürgschaft, auch wenn zunächst Skepsis geherrscht habe, was die Leitungslänge, die Nutzung von Drittgrundstücken und die Gefahr der Zunahme von Maismonokulturen betroffen habe. „Doch der Umstieg auf erneuerbare Energien ist Konsens und das ist ein Vorzeigeprojekt für Alsfeld und die Region“, hob Dieter Welker hervor. Einzig Marko Berg (UWA) enthielt sich wegen der Bedenken, dass die „Stadt aufgrund der Finanzlage kein solventer Bürge“ sein könne.

Für Michael Riese (ALA) benötigt die Genossenschaft die Bürgschaft gar nicht, „die kann das auch alleine stemmen“, doch sie sei ein „politisches Signal, dass wir uns nicht irremachen lassen, was die Energiewende angeht“.

Das letzte Wort in Sache Bürgschaft hat nun die Kommunalaufsicht, doch diese habe schon signalisiert, dass Kommunen grundsätzlich solche Bürgschaften übernehmen dürfen. „Allerdings muss die im Einzelfall geprüft werden. Entscheidend dabei ist nicht die Höhe der Bürgschaft, sondern das Risiko“, erklärte Bürgermeister Ralf Becker. Da die Genossenschaft mit soliden Zahlen gerechnet habe, sei das wirtschaftliche Risiko aber gering, machte Becker Hoffnung auf eine Genehmigung. Er verwies dabei auch darauf, dass im Kreis Marburg-Biedenkopf solche Bürgschaften von Gemeinden von der dortigen Aufsicht genehmigt worden sei